

Thesen

Kurzfassung des Inhalts

So versteht sich das ganze Werk als revolutionär,
als eine Eroberung, oder es möchte jedenfalls eine sein.

Fernand Braudel

1. Die Störung des Geldkreislaufes zwingt uns ein Verhalten auf, das zur Störung natürlicher Kreisläufe führt, siehe 1. Teil
2. Grundannahme dieser Geldtheorie ist die praktische Erfahrung, dass immer das als Geld gilt, was im Handel als Tauschmittel bzw. Kaufmittel für Waren akzeptiert wird. Geld wird hier deshalb als eine Art universeller Warengutschein verstanden.
3. Dasjenige Tauschmittel, das (national und international) am universellsten als Kaufmittel für Waren akzeptiert wird, gilt als das beste Geld. Mit der Akzeptanz von Geld auf den Märkten steigt die individuelle Akzeptanz von Geld, siehe Kapitel 9.9: *Papiergeld*.
4. Aus der im 2. Teil dargelegten Rekonstruktion der Evolution des Geldes wird geschlossen, dass Geld im engeren Sinne (d. h. zunächst Metallgeld) ursprünglich im Fernhandel entstanden ist. Geld hat sich aus einer Universalware zu einem reinen Tauschvermittler entwickelt.
5. Mit Geld können seit langem nicht nur Waren, sondern auch Vermögenswerte gekauft werden. Diese Möglichkeit entstand bereits in der Antike, spätestens als Boden zur Ware wurde. Das Entstehen von Landeigentum sowie der Handel mit Sachvermögen ist eine Folge schlechter Geldverteilung, siehe Kapitel 12: *Bodenrecht*, insbesondere Kapitel 12.3: *Kapitaleigentum*.
6. In Krisenzeiten sehen sich Staaten immer wieder gezwungen, der Allgemeinheit gehörende Vermögensgüter zur Geldbeschaffung zu privatisieren. Historisch haben solche Prozesse stets den Zerfall dieser Staaten eingeleitet, siehe Kapitel 12.4: *Eigentumsverfall*.
Wichtig ist hier jedoch, daß dieser ... Trend zur Privatisierung ein Anzeichen für den zunehmenden Machtverlust des Staates auf dem Gebiet der Wirtschaft darstellt. (Bernard Lietaer)
7. Handel mit Vermögenswerten erzeugt eine ökonomische Dynamik, die dem Handel mit realwirtschaftlichen Gütern und Dienstleistungen diametral entgegengesetzt ist. Geld, das ich für Brot ausbebe, verringert mein Geldvermögen. Geld, das ich für Vermögenswerte ausbebe, soll mein Geldvermögen vergrößern. Diese Möglichkeit erzeugt Geldströme, die den Geldkreislauf bis zur Unregulierbarkeit stören.
8. Die Möglichkeit, überschüssiges Geld (Geld, das nicht mehr zur Konsumbefriedigung gebraucht wird) durch Handel mit Vermögenswerten zu vermehren, schafft Fehlanreize, durch die Geld dem Warenhandel teilweise entzogen wird. Infolgedessen wird Geld als Tauschmittel für Waren knapp. Diese Dynamik fördert wachsende Unterschiede zwischen arm und reich.
9. Ein Ansteigen von Wertpapierpreisen ist Folge einer Inflation, die nicht als Problem, sondern als Normalzustand angesehen wird. Der Kaufkraftverlust des Geldes gegenüber den Vermögenswerten wird nicht als Vermögensverlust angesehen, da die Vermögenswerte als Geldwert betrachtet werden.
10. Profitstreben gilt unhinterfragt als sinnvolle Triebfeder für unternehmerisches Handeln. Profit meint Einnahmen, die nicht wieder für realwirtschaftliche Werte (Konsum- oder Investitionsgüter) ausgegeben werden. Da die Einnahmen der einen durch Ausgaben anderer entstehen, führt das Zurückhalten unternehmerischer Einnahmen zu Geldmangel in der Realwirtschaft und also zu Störungen im Geldkreislauf.
11. Profitstreben ist ursächlich dadurch begründet, dass Eigenkapital einen Marktvorteil verschafft. Nur ein Unternehmen, das kontinuierlich zu 100 % durch Eigenkapital finanziert wird, kann unbeeinträchtigt von Profitinteressen fremder Kapitalgebender (idealerweise sozial und ökologisch) wirtschaften.
12. Solange Eigenkapital einen Marktvorteil verschafft, ist die Politik gezwungen, Profitstreben zu ermöglichen und die dadurch entstehende private Geldakkumulation zu schützen.
13. Eine störungsfreie Geldzirkulation erfordert das Auflösen des Profitstrebens. Ein Verbot wirkt kontraproduktiv, denn solange Profit sinnhaft ist, werden Verbote umgangen. Die Sinnhaftigkeit von Profit kann nur aufgelöst werden, wenn die Sinnhaftigkeit von Eigenkapital aufgelöst wird.
14. Geldschöpfung für Investitionen erzeugt Investitionszwang. Wird Geld für Investitionen geschaffen, verschwindet es durch Tilgen der entsprechenden Kredite wieder. Da dieses Geld nun nicht mehr für den Warenaustausch genutzt werden kann, sind neue Investitionen notwendig, um neues Geld in Umlauf bringen zu können. Bedarf an Tauschmittel erzwingt somit Investitionen.
15. An den Börsen gehandelte Wertpapiere (mit Ausnahme von Stammaktien) sind Schuldscheine, denn sie entstehen durch Bilanzverlängerung im Zusammenhang mit Geldschöpfung. Während Stammaktien als eine Art Quittung für eingezahltes Kapital links in der Bankbilanz verbucht werden, stehen alle anderen Wertpapiere/Finanzprodukte rechts in der Bankbilanz.
16. Durch Handel mit Wertpapieren fließt kein Geld in Unternehmen. Banken vernichten den Buchwert der von ihnen verkauften Wertpapiere. Umgekehrt schöpfen sie Geld zum Kauf von Wertpapieren oder sie Erschaffen neue Wertpapiere im Zuge eigener Kreditvergabe.
17. Handel mit Wertpapieren ist eine Fehlentwicklung des Geldsystems. Seit Kreditinstitute (mit Gründung der Bank von England) das Recht haben Geld und Schuldscheine in einem gemeinsamen Akt aus dem Nichts zu schaffen, hat sich die Geldschöpfung der Banken im Laufe der Jahrhunderte mehr und mehr von der Realwirtschaft abgekoppelt. Indem im Zuge der Industrialisierung Aktien (Schuldscheine von Industrieunternehmen) zu Vermögenswerten wurden, entwickelte sich eine Wertillusion, die zur Entfesselung der heutigen Finanzmärkte führte, siehe Kapitel 18.3: *Kapitalmärkte*. Das Wesen dieser Wertillusion wird durch eine verwirrende Fülle von Begriffen und Handelsdetails verschleiert.
18. Investieren ist nur möglich, wenn von denen, die Konsumgüter erzeugen, mehr Waren produziert werden, als sie selbst konsumieren. Da die Arbeitseinkommen der Konsumgüterproduzierenden infolge der strukturellen *Nachfragerücke*, (siehe Kapitel 14) nicht ausreichen, das von ihnen erzeugte Warenangebot zu kaufen, findet die für Investitionen aus dem Nichts geschaffene Kaufkraft nicht nur Waren auf dem Markt vor, sondern diese zusätzliche Kaufkraft ist geradezu notwendig, um den Markt zu räumen. Sinkt die Nettoinvestition auf Null, käme es, ohne anderweitige Geldmengenausweitung (z. B. durch Staatsverschuldung), zu einer Absatzkrise.
19. Staatliche Geldschöpfung war in der Vergangenheit stets ein Element autoritärer politischer Strukturen. Liegen ökonomische und politische Macht in einer Hand, sind sie nicht kontrollierbar. In den antiken wie modernen Demokratien existiert(e) kein staatliches Geldschöpfungsmonopol. In antiken Königreichen, den absolutistischen Monarchien der Neuzeit, aber auch in den faschistischen und kommunistischen Diktaturen wurde hingegen staatliche Geldschöpfung betrieben.
20. Die mit dem Ende des Goldstandards (im Inland) eingeführte Monopolisierung der Herstellung von staatlichen Zahlungsmitteln – Zentralbankgeld – stellt kein staatliches Geldschöpfungsmonopol dar, denn staatliche Zahlungsmittel übernahmen lediglich die Rolle des Goldes als Einlösemittel für das von privaten Banken geschaffene Kreditgeld. Die Monopolisierung der Herstellung von Zentralbankgeld diente dazu, durch Bargeldkontingierung die Geldschöpfung der Geschäftsbanken regulieren zu können.
21. Eine Reform des Geldsystems hat dauerhaft nur Bestand, wenn sie mit einer Reform des Bodenrechts Hand in Hand geht. Genauso haben auch Umverteilungen durch Bodenreformen nur Bestand, wenn sie mit einer Geldreform einhergehen, die private Geldakkumulation über den realen Konsumbedarf hinaus unnötig und unmöglich macht und damit verhindert, dass Geldvermögen Vermögenswerte nachfragen können, siehe Kapitel 12: *Bodenrecht*.
22. Um den Marktvorteil des Eigenkapitals aufzulösen, müssen allen Unternehmen die drei Produktionsfaktoren Boden, Produktionsmittel und Arbeitskräfte so verfügbar gemacht werden, dass dafür kein Eigenkapital notwendig ist, siehe Kapitel 27: *Kapitalersatz*. Erst wenn dem Eigenkapital jede Sinnhaftigkeit entzogen ist, kann private Kapitalakkumulation individuell sinnvoll begrenzt werden.
23. Um Bodennutzung ohne vorhandenes Eigenkapital für alle gleichberechtigt zugänglich zu machen, müssen alle Eigentumsrechte grundsätzlich in Eigenbesitzrechte umgewandelt werden. D. h. Eigentums- und Besitzrechte müssen in einer Hand vereint werden, wobei Eigentumsrechte durch Besitzpflichten begrenzt und zugleich in diesem Zusammenhang vertraglich gesichert festgeschrieben werden müssen, siehe Kapitel 27.1: *Boden- und Erbrecht*.
24. Der Übergang vom heutigen in ein utopisches, neues Bodenrecht sollte durch ein Rentensystem abgefedert werden, dass mit dem Tod derjenigen endet, deren Eigentumsrechte zum Zeitpunkt der Umstellung auf das neue Bodenrecht als Besitzrechte dauerhaft auf die Kommune übertragen werden, siehe Kapitel 27.1: *Boden- und Erbrecht*.
25. Zentrale Aufgabe des Geldes ist es den Warenumsatz zu vermitteln. Damit es diese Aufgabe dauerhaft krisenfrei erfüllen kann, darf es nicht durch Vermögenswerte besichert werden, sondern muss ausschließlich und vollständig durch Waren gedeckt sein. Kreditgeld kann den Warenumsatz hervorragend vermitteln, wenn es als eine Art Warengutschein gemeinsam mit der Ware entsteht und mit ihrem Verkauf wieder verschwindet.
26. Warengeldbanken sollen die vollständige Deckung des Geldes durch Waren kontinuierlich prüfen, um dadurch die Geldmenge sowie die Wertstabilität des Geldes fortwährend zu sichern. Für diese Dienstleistung gegenüber der Gesellschaft müssen Banken Gebühren von allen Geldnutzenden als Kontogebühren erheben. Der Staat muss die gesetzmäßige Arbeit der Banken (durch eine Art Clearingstelle) kontrollieren, siehe Kapitel 31.1: *Geldmengensteuerung*.
27. In einem Warengeldsystem darf Geld nicht für Dienstleistungen geschaffen werden, da dadurch Guthaben für nicht greifbare Werte entstehen würden. Während erbrachte Leistungen für die Produktion von Waren verdinglicht auf dem Markt verfügbar sind, lassen sich bereits erbrachte oder erst versprochene Dienstleistungen nicht eindeutig bilanzieren. Für Geldschöpfung und Geldvernichtung lassen sich daher keine klar überprüfbaren Regeln aufstellen. Dienstleistungen müssen mit durch Waren gedecktem Geld bezahlt werden, auch weil diejenigen, die Dienstleistungen erbringen, mit ihrem Verdienst ihren Bedarf an Warenkonsum decken wollen.
28. Aufgabe des Geldes sollte es auch sein, den Arbeitsmarkt zu organisieren, also über entsprechende Lohnanreize Arbeitskräfte dahin zu lenken, wo sie gebraucht werden. Ein wirklich freier Arbeitsmarkt setzt Vollbeschäftigung voraus. Der Staat muss dafür Rahmenbedingungen (u. a. durch Bildung) schaffen.
29. Der Vorschlag für ein neues Regelwerk für das Geldsystem und den Geldkreislauf sowie das Eigentumsrecht basiert auf den drei dialektischen Gesetzen, der Chaostheorie sowie den Prinzipien für regulierbare Regelkreise, siehe Kapitel 20: *Grundgesetze*. Um zu verhindern, dass aus dem Tauschmittel Geld ein Machtmittel wird, muss im Sinne des dialektischen Gesetzes vom Umschlagen von Quantität in Qualität die private Geldakkumulation sinnvoll begrenzt werden, siehe Kapitel 29: *Spargrenzen*.
30. Wirkliche Demokratie braucht neben umfassender naturwissenschaftlicher Bildung auch eine demokratische Geldordnung. Dazu soll Geld dezentral von privat voll haftenden und staatlich kontrollierten Banken geschöpft sowie Spargeld demokratisch verwaltet werden, siehe Kapitel 31.1: *Geldmengensteuerung*.